

Arbeitszeiten so zur Verfügung zu stellen, dass sie unverzüglich eingesehen werden können, vorausgesetzt, diese Verpflichtung ist dafür notwendig, dass diese Behörde ihre Überwachungsaufgaben hinsichtlich der Anwendung der Regelungen über die Arbeitsbedingungen, insbesondere in Bezug auf die Arbeitszeit, wahrnehmen kann.

(¹) ABl. C 295 vom 29.9.2012.

Urteil des Gerichtshofs (Zehnte Kammer) vom 13. Juni 2013 — Europäische Kommission/Italienische Republik

(Rechtssache C-345/12) (¹)

(Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats — Richtlinie 2002/91/EG — Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden — Art. 7 Abs. 1 und 2, Art. 9, Art. 10 und Art. 15 Abs. 1 — Nicht ordnungsgemäße Umsetzung — Nichtumsetzung innerhalb der vorgeschriebenen Frist — Richtlinie 2010/31/EU — Art. 29)

(2013/C 225/64)

Verfahrenssprache: Italienisch

Parteien

Klägerin: Europäische Kommission (Prozessbevollmächtigte: E. Montaguti und K. Herrmann)

Beklagte: Italienische Republik (Prozessbevollmächtigte: G. Palmieri im Beistand von A. De Stefano, avvocato dello Stato)

Gegenstand

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats — Nicht fristgerechter Erlass aller Vorschriften, die erforderlich sind, um Art. 7 Abs. 1 und 2, Art. 10 und Art. 15 Abs. 1 der Richtlinie 2002/91/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2002 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (ABl. 2003, L 1, S. 65) in Verbindung mit Art. 29 der Richtlinie 2010/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (ABl. L 153, S. 13) nachzukommen

Tenor

1. Die Italienische Republik hat dadurch gegen ihre Verpflichtungen aus Art. 7 Abs. 1 und 2, Art. 10 und Art. 15 Abs. 1 der Richtlinie 2002/91/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2002 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden in Verbindung mit Art. 29 der Richtlinie 2010/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden verstoßen, dass sie nicht die Pflicht vorgesehen hat, im Fall des Verkaufs oder der Vermietung von Gebäuden einen mit den Art. 7 und 10 der Richtlinie 2002/91 im Einklang stehenden Ausweis über die Gesamtenergieeffizienz vorzulegen, und dass sie der Europäischen Kommission die Maßnahmen zur Umsetzung von Art. 9 der Richtlinie 2002/91 nicht mitgeteilt hat.

2. Die Italienische Republik trägt die Kosten.

(¹) ABl. C 287 vom 22.9.2012.

Urteil des Gerichtshofs (Zweite Kammer) vom 30. Mai 2013 (Vorabentscheidungsersuchen des Conseil Constitutionnel — Frankreich) — Jeremy F/Premier ministre

(Rechtssache C-168/13 PPU) (¹)

(Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen — Rahmenbeschluss 2002/584/JI — Art. 27 Abs. 4 und Art. 28 Abs. 3 Buchst. c — Europäischer Haftbefehl und Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten — Grundsatz der Spezialität — Ersuchen um Ausweitung des Europäischen Haftbefehls, der der Übergabe zugrunde lag, oder Beantragung einer weiteren Übergabe an einen anderen Mitgliedstaat — Zustimmung des Gerichts des Vollstreckungsmitgliedstaats — Rechtsbehelf mit aufschiebender Wirkung — Zulässigkeit)

(2013/C 225/65)

Verfahrenssprache: Französisch

Vorlegendes Gericht

Conseil Constitutionnel

Parteien des Ausgangsverfahrens

Angeklagter: Jeremy F

Anderer Verfahrensbeteiligter: Premier ministre

Gegenstand

Vorabentscheidungsersuchen — Conseil Constitutionnel — Auslegung der Art. 27 und 28 des Rahmenbeschlusses 2002/584/JI des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten (ABl. L 190, S. 1) — Erstreckung der Wirkung des Europäischen Haftbefehls — Bestehen eines Rechtsbehelfs (Rechtsmittels) gegen die Entscheidung der vollstreckenden Justizbehörde in dem ersuchten Staat, hier der Ermittlungskammer eines Berufungsgerichts — Frist von 30 Tagen

Tenor

Art. 27 Abs. 4 und Art. 28 Abs. 3 Buchst. c des Rahmenbeschlusses 2002/584/JI des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten in der durch den Rahmenbeschluss 2009/299/JI des Rates vom 26. Februar 2009 geänderten Fassung sind dahin auszulegen, dass sie die Mitgliedstaaten nicht daran hindern, einen Rechtsbehelf vorzusehen, mit dem der Vollzug der Entscheidung der Justizbehörde ausgesetzt wird, die binnen 30 Tagen nach Eingang des Ersuchens ergeht, um ihre Zustimmung dazu zu erteilen, dass eine Person wegen einer anderen vor der Übergabe aufgrund eines Europäischen Haftbefehls begangenen strafbaren Handlung als derjenigen, die der Übergabe zugrunde liegt, verfolgt, verurteilt oder zur Vollstreckung einer

Freiheitsstrafe oder einer freiheitsentziehenden Maßregel der Sicherung in Haft gehalten wird, oder dazu, dass eine Person einem anderen Mitgliedstaat als dem Vollstreckungsmitgliedstaat aufgrund eines Europäischen Haftbefehls, dem eine vor der genannten Übergabe begangene strafbare Handlung zugrunde liegt, übergeben wird, soweit die endgültige Entscheidung unter Einhaltung der nach Art. 17 des Rahmenbeschlusses vorgesehenen Fristen erlassen wird.

(¹) ABL C 156 vom 1.6.2013.

Beschluss des Gerichtshofs (Zehnte Kammer) vom 21. März 2013 (Vorabentscheidungsersuchen des Tribunal Cível da Comarca do Porto — Portugal) — Maria Alice Pendão Lapa Costa Ferreira, Alexandra Pendão Lapa Ferreira/Companhia de Seguros Tranquilidade SA

(Rechtssache C-229/10) (¹)

(Art. 99 der Verfahrensordnung — Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung — Richtlinien 72/166/EWG, 84/5/EWG und 90/232/EWG — Anspruch auf Schadensersatz durch die obligatorische Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung — Haftpflicht des Versicherten — Beitrag des Geschädigten zum Schaden — Ausschluss oder Begrenzung des Schadensersatzanspruchs)

(2013/C 225/66)

Verfahrenssprache: Portugiesisch

Vorlegendes Gericht

Tribunal Cível da Comarca do Porto

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerinnen: Maria Alice Pendão Lapa Costa Ferreira, Alexandra Pendão Lapa Ferreira

Beklagte: Companhia de Seguros Tranquilidade SA

Gegenstand

Vorabentscheidungsersuchen — Tribunal Judicial da Comarca do Porto — Auslegung der Richtlinien 72/166/EWG des Rates vom 24. April 1972 betreffend die Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten bezüglich der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und der Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht (ABl. L 103, S. 1), 84/5/EWG des Rates vom 30. Dezember 1983 betreffend die Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten bezüglich der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (ABl. L 8, S. 17), 90/232/EWG des Rates vom 14. Mai 1990 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (ABl. L 129, S. 33, insbesondere ihres Art. 1a), 2000/26/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Mai 2000 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und zur Änderung der Richtlinien 73/239/EWG und 88/357/EWG

des Rates (Vierte Kraftfahrzeughaftpflicht-Richtlinie) (ABl. L 181, S. 65) und 2005/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 zur Änderung der Richtlinien 72/166/EWG, 84/5/EWG, 88/357/EWG und 90/232/EWG des Rates sowie der Richtlinie 2000/26/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (ABl. L 149, S. 14) — Nationale Bestimmung, die die Haftpflicht für die Gefahr aus dem Kraftfahrzeugverkehr bei Unfällen mit ausschließlicher Verantwortlichkeit des Fußgängers, der Opfer des Unfalls ist, ausschließt und die den Ausschluss des Anspruchs auf Schadensersatz des Unfallopfer oder die Herabsetzung des Schadensersatzes bei Mitverschulden erlaubt, wenn das Opfer zur Entstehung des Schadens beigetragen hat

Tenor

Die Richtlinie 72/166/EWG des Rates vom 24. April 1972 betreffend die Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten bezüglich der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und der Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht, die Zweite Richtlinie 84/5/EWG des Rates vom 30. Dezember 1983 betreffend die Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten bezüglich der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und die Dritte Richtlinie 90/232/EWG des Rates vom 14. Mai 1990 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung sind dahin auszulegen, dass sie nationalen Rechtsvorschriften über die Haftpflicht nicht entgegenstehen, nach denen der Anspruch eines Unfallopfers auf eine Entschädigung im Rahmen der Haftpflichtversicherung des an dem Unfall beteiligten Kraftfahrzeugs auf der Grundlage einer Einzelfallbeurteilung des ausschließlichen oder anteiligen Beitrags dieses Opfers zu seinem eigenen Schaden ausgeschlossen oder begrenzt werden kann.

(¹) ABL C 195 vom 17.7.2010.

Beschluss des Gerichtshofs (Achte Kammer) vom 16. Mai 2013 — Caixa Geral de Depósitos, SA/Europäische Kommission, Portugiesische Republik

(Rechtssache C-242/11 P) (¹)

(Rechtsmittel — Art. 149 und 181 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs — Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Globalzuschuss zur Förderung örtlicher Investitionen in Portugal — Kürzung des Zuschusses — Erledigung — Offensichtliche Unzulässigkeit)

(2013/C 225/67)

Verfahrenssprache: Portugiesisch

Parteien

Rechtsmittelführerin: Caixa Geral de Depósitos, SA (Prozessbevollmächtigter: N. Ruiz, advogado)